Mehr Geld für Ankara

Außenpolitik Der von Minister Sigmar Gabriel angekündigte härtere Kurs gegenüber der Türkei stockt – wegen Bedenken des Kanzleramts und der EU.

OZAN KOSE / AFP

Staatsoberhaupt Erdoğan: „Wer bist du, dass du zu dem Präsidenten der Türkei sprichst?“

Als Sigmar Gabriel und Angela Merkel Ende Juli darüber berieten, wie die Bundesregierung auf die jüngsten Provokationen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan reagieren solle, vermittelte die Kanzlerin den Eindruck, sie unterstütze die Vorschläge ihres Außenministers voll und ganz. Vor den Fernsehkameras vertraute Gabriel darauf, „dass alles, was ich Ihnen jetzt vortrage, in Abstimmung mit Frau Merkel erfolgt“.

Einen Monat später sieht die Realität anders aus. Es ist offenbar schwerer als gedacht, den markigen Worten Taten folgen zu lassen. Und die Einheit in der Bundesregierung ist auch dahin. Zwar konnte Gabriel schnell einen ersten Erfolg vermelden. Erdoğan zog eine Liste zurück, auf der deutsche Unternehmen als Terrorunterstützer bezeichnet wurden. Doch kurz danach verschärfte Erdoğan den Ton erneut und knöpfte sich den Außenminister persönlich vor: „Wer bist du denn, dass du zu dem Präsidenten der Türkei sprichst?“ Zudem stieg zuletzt auch die Zahl der Flüchtlinge, die auf den griechischen Inseln ankommen, ein Umstand, den man in Berlin und Brüssel mit Sorge beobachtet.

Umso mehr würde es Gabriel begrüßen, wenn man den härteren Kurs, den man der Türkei angedroht hat, nun zum Einsatz bringen könnte. Doch sowohl in Brüssel als auch in Berlin stößt das Auswärtige Amt auf Bedenken und Widerstände.

Bei Gabriels Forderung, staatliche Exportgarantien für Geschäfte mit der Türkei zu überprüfen, bremst die Kanzlerin höchstpersönlich. Gabriel will die Gesamtsumme der Hermes-Bürgschaften deckeln, im Kanzleramt sieht man das skeptisch. Merkel fürchtet Einbußen für deutsche Unternehmer und will es sich im Bundestagswahlkampf mit dieser Klientel offenbar nicht verscherzen – auch aus Angst, der FDP weitere Stimmen zu bescheren. Die Folge: Die Verhandlungen zwischen Auswärtigem Amt und Kanzleramt gehen nicht voran.

Ähnlich sieht es bei der zweiten Drohung aus, die Erdoğan schmerzen könnte, der Frage der Vorbeitrittshilfen. Gabriel schrieb, diesmal im Einvernehmen mit dem Kanzleramt, an die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und Erweiterungskommissar Johannes Hahn. Der Minister bat zu prüfen, ob man die Gelder, die Ankara zur Vorbereitung auf einen EU-Beitritt bekommt, aussetzen könnte. Immerhin soll die Türkei im Zeitraum von 2014 bis 2020 aus dem IPA-II-Programm (Instrument zur Heranführung) 4,45 Milliarden Euro erhalten, ausgezahlt sind davon bislang nur etwa 250 Millionen Euro.

Intern versuchen Kommissionsbeamte seit Wochen, ihren Kollegen aus Berlin klarzumachen, dass sich diese Gelder nicht ohne Weiteres stoppen lassen. Das fängt schon damit an, dass Brüssel über einen Zahlungsstopp überhaupt nicht entscheiden kann. Zuständig sind die EU-Mitgliedstaaten, sie müssen mit qualifizierter Mehrheit feststellen, dass die Türkei die sogenannten Kopenhagener Beitrittskriterien beispielsweise zu Menschenrechten oder Rechtsstaatlichkeit nicht mehr erfüllt. Doch das ist heikel, denn diese Feststellung müsste zwingend zumindest auch die Suspendierung der Beitrittsgespräche selbst nach sich ziehen, so sieht es jedenfalls die Kommission. Das aber lehnt auch die Bundesregierung bislang ab.

Möglich sind allenfalls kleinere Korrekturen. So untersuchen die Beamten von Erweiterungskommissar Hahn schon länger, wie verhindert werden kann, dass EU-Geld Erdoğans Säuberungen in die Hände spielt. Kleinere Projekte wie zur Richterausbildung wurden gestoppt. Ihr Ziel kann kaum erreicht werden, wenn der Präsident unabhängige Juristen ins Gefängnis wirft.

Gefährlicher könnte für Erdoğan die sogenannte Midterm-Review der Vorbeitrittshilfen aller EU-Beitrittskandidaten werden, neben der Türkei sind das beispielsweise Albanien oder Serbien. Sollte die Türkei zum Beispiel beim Thema Rechtsstaatlichkeit schlecht abschneiden, können bis zu 20 Prozent der vorgesehenen Gelder umgeleitet werden, Voraussetzung ist aber erneut, dass die Mitgliedstaaten mitmachen.

Genau daran hakt es jedoch, wie die Bundesregierung feststellen musste. Bei einer Umfrage stellte sich nur eine Minderheit der 27 anderen EU-Länder hinter den Kurs der Deutschen. Zu den größten Bremsern gehören Frankreich und Italien.

Ohnehin ist die EU derzeit eher dabei, neues Geld für die Türkei zu finden. Es geht um die zweite Tranche der insgesamt sechs Milliarden Euro, die man der Türkei im Rahmen des Flüchtlingsabkommens bis Ende 2018 zugesagt hat, beispielsweise um für eine menschenwürdige Unterkunft der Flüchtlinge zu sorgen. Die erste Tranche von drei Milliarden Euro wird bis Jahresende verplant sein, im Etatentwurf 2018 hat EU-Haushaltschef Günther Oettinger bereits einen Betrag von etwa 300 Millionen Euro für die zweite Tranche eingestellt, beim Rest sieht er die EU-Mitglieder in der Pflicht. „Die Mitgliedstaaten müssen zwei Milliarden plus X finanzieren“, sagt Oettinger. Deutschland hatte bei der ersten Tranche rund 500 Millionen Euro beigetragen, jetzt würden es eher mehr, zum einen, weil die Kommission selbst weniger Geld beisteuern kann, zum anderen, weil offen ist, ob die Briten weiter mitbezahlen.

Sogar in den Reihen der Sozialdemokraten gibt es Widerstand dagegen, die Vorbeitrittshilfen zu streichen, etwa bei Jens Geier, dem Chef der SPD-Abgeordneten im Europaparlament. „Ein Teil unseres Geldes dient doch der Stärkung der Zivilgesellschaft und damit oft auch denjenigen, die gegen Erdoğan Stellung beziehen.“

Peter Müller, Christoph Schult